

Das Grundwasser ist schon jetzt stark versalzen

Bürgerinitiative schickt Fragenkatalog an Kreistagsfraktionen

Von Sebastian Knoppik

Giesen. Im Zusammenhang mit der geplanten Wiederinbetriebnahme des Giesener Kalibergwerks weist die Bürgerinitiative auf die zum Teil sehr hohe Versalzung des Grundwassers in der Nähe des bestehenden Kalibergs hin. In der Sache hat sich die BI nun an sämtliche Kreistagsfraktionen gewandt und ihnen einen Fragenkatalog übersandt.

Laut Bürgerinitiative weist das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in der Nähe der sogenannten Althalde Chloridkonzentrationen im Grundwasser von mehr als 250 Milligramm pro Liter aus.

Der Grenzwert liegt bei 250 Milligramm pro Liter. Am Bruchgraben zwischen Sarstedt und Ahrbergen sowie an den Giftenener Teichen liegt die Belastung mit Salz laut BI bei mehr als 500 Milligramm pro Liter.

In Rahmen des Antragsverfahrens für die Wiederinbetriebnahme des Bergwerks wurde das Grundwasser nördlich der Althalde untersucht. Dort wurden an einer Messstelle sogar Salzkonzentrationen von 300 Gramm pro Liter ermittelt. Der Grenzwert wurde hier also um das 1200-fache überschritten.

Dass die Althalde eine Ursache für die hohe Grundwasserversalzung ist, geht aus einer Antwort der

Landesregierung auf eine Kleine Anfrage mehrerer Landtagsabgeordneter hervor. Den höchsten Salzanteil sei „im unmittelbaren nördlichen Grundwasserabstrom von Althalde und Werksgelände (...) festzustellen, was auf eine Beeinflussung durch die Halde hinweist“, teil Staatssekretär Frank Nägele aus dem Wirtschaftsministerium im Namen der Landesregierung mit.

Die Bürgerinitiative fragt daher die Kreistagsfraktionen unter anderem, welche Maßnahmen der Landkreis bisher ergriffen hat, um die Qualität des Grundwassers in den betroffenen Bereichen zu verbessern und welche Fortschritte

dadurch erreicht wurden. Außerdem möchte die BI wissen, in welcher Form die aktuelle Grundwassersituation bei einer erneuten Einleitgenehmigung berücksichtigt wird.

Die wasserrechtliche Erlaubnis für das Bergwerk wird im Rahmen des derzeit laufenden Planfeststellungsverfahrens das Landesbergamt erteilen. Der Landkreis Hildesheim muss dazu aber sein Einverständnis erteilen. Der Kreistag hat sich die Entscheidung darüber vorbehalten. Die Politiker wollen mehrere Stellungnahmen einholen und Anhörungen veranstalten. Wann eine Entscheidung des Kreistags fällt, ist daher offen.